Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 171. **Donnerstag** den 19. Juni 1884. **78. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Haupteingang** zum neuen **Johannisfriedhof** wird wegen Vornahme von Baulichkeiten von **Mittwoch, den 18. bis Sonnabend den 21. lfdn. Mts. gesperrt.** Während dieser Zeit hat **aller Verkehr** seinen **Eingang** durch das westlich vom Haupteingange gelegene **zweite Thor** zu nehmen.

Leipzig, den 16. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Gewölbe-Vermiethung.

Eingetretener Umstände halber ist das zeither an Herrn Kaufmann Künzel vermiethet gewesene sog. **Bühnengewölbe Nr. 4** unter dem **Rathhause** (Marktseite) **sofort** oder **später** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes eingesehen werden.

Leipzig, den 12. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Bei der kürzlich begonnenen **Heuernte** ist, wie auch schon in den Vorjahren, die Bemerkung gemacht worden, daß auf den der Stadt Leipzig gehörigen und größtentheils verpachteten sogenannten Rathswiesen vielfach, insbesondere von Frauen und Kindern, schon nachgeharkt wird, bevor das Heu vollständig abgefahren ist. Es hat dieses Gebahren schon wiederholt zu Klagen und Beschwerden seitens der Pächter Anlaß gegeben und wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß das Betreten der Wiesen zu obgedachtem Zwecke **vor vollständig beendeter Ernte** verboten und nach §. 368 sub 9 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 8 sub 2 und 5 des Forststrafgesetzes vom 30. April 1873 mit Geldstrafe **bis 60 ℳ** oder mit Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen ist.

Gegen Zuwiderhandelnde wird unnachsichtlich eingeschritten werden.

Leipzig, am 14. Juni 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. N.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig.

Donnerstag, den 19. Juni d. J., Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: Bericht des Standesausschusses: 1) Ueber privatärztliche Zeugnisse in staatsbürgerlicher und rechtlicher Beziehung; 2) Unterstützung des Düsseldorfer Antrags, dass die für den Aerztetag bestimmten Referate zuvor veröffentlicht werden. (Ref. Dr. E. A. Meissner). — Gutachten des Sanitätsausschusses über den compressen Druck des „Aerztlichen Vereinsblattes". (Ref. Dr. Stimmel.)

Dr. Ploss.

Nichtamtlicher Theil.

Die Londoner Conferenz.

Nach beinahe zweimonatigen Verhandlungen ist der englische Conferenzvorschlag jetzt endlich bis zum Einverständniß zwischen der englischen und französischen Regierung über die Grundlage der Berathungen gelangt. Am 23. April wurde die englische Note in Berlin und Paris überreicht, welche den Unterzeichnern des Berliner Friedens eine Aenderung des egyptischen Liquidationsgesetzes empfiehlt. Alsbald nach der Uebergabe der Note in Paris stellte sich dem Project ein Hinderniß entgegen, welches das Zustandekommen desselben fraglich machte. Die französische Regierung verlangte in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung Frankreichs, daß sich die Berathungen der Conferenz nicht auf die finanziellen Angelegenheiten Egyptens beschränken, sondern daß sie die allgemeinen politischen Verhältnisse des Landes in den Bereich ihrer Verhandlungen ziehen solle. Dieses Verlangen wurde von der öffentlichen Meinung Englands ebenso entschieden zurückgewiesen, wie es von französischer Seite erhoben worden war, und deshalb bedurfte es der größten Vorsicht und der zähen Beharrlichkeit des englischen Premierministers, um schließlich dennoch seinen Zweck zu erreichen. Die fortgesetzten Anfragen im Parlament wußte er durch Andeutungen und ausweichende Wendungen zu pariren, und als die Parlamentsmitglieder immer ungestümer wurden und sich schließlich nicht mehr mit leeren Redensarten abspeisen lassen wollten, begütigte er sie durch das Versprechen, daß nichts ohne die Zustimmung des Parlaments abgemacht werden solle, die Volksvertretung würde Gelegenheit erhalten sich vorher über die Sache zu äußern. Daß, was über die Verhandlungen in die Oeffentlichkeit drang durch die Presse, war nun aber keineswegs dazu angethan, die Besorgnisse des Parlaments zu zerstreuen; namentlich erregte es einen Sturm von Entrüstung, als man hörte, daß Frankreich England über die Dauer der Besetzung Egyptens Vorschriften machen und die englische Finanzcontrole beseitigen wolle. Darauf war die einstimmige Antwort, daß ein solches Abkommen nicht die Genehmigung des Parlaments erhalten könne. Gladstone schwieg dazu, dann aber erschien plötzlich der mit G. unterzeichnete Artikel der „Fortnightly Review", welcher die Behauptung aufstellte, daß die Freundschaft Frankreichs und Rußlands für England weit wichtiger sei, als die Deutschlands, und daß der Schwerpunct der Macht und des Einflusses Englands nicht in Europa, sondern in Asien und Afrika liege, wo Deutschland nichts zu suchen habe und machtlos sei. Es ist bekannt, welche Bewegung dieser Artikel in ganz Europa verursachte, und daß sich die Gladstone ergebenen Preßorgane bemühten, den unangenehmen Eindruck, welchen der Artikel in Deutschland gemacht hat, abzuschwächen. Als letzter Nachklang dieser Preßstimmen ist der gestern von uns mitgetheilte Artikel der „Times" anzusehen, welcher sich die größte Mühe giebt, den Fürsten Bismarck für England freundlich zu stimmen, ohne Frankreich vor den Kopf zu stoßen. Die „Times" geht sogar soweit, der englischen Regierung darüber Vorwürfe zu machen, daß sie aus Uebereifer, um mit Frankreich zur Verständigung zu gelangen, ganz vergessen hätte, sich der maßgebenden Stellung Deutschlands in allen europäischen Angelegenheiten zu erinnern. Die „Times" acceptirt also doch den Grundgedanken des Artikels der „Fortnightly Review", daß Deutschland nur in Europa Macht und Ansehen besitze, läßt aber dabei außer Acht, daß Egypten in Afrika liegt, in welchem Erdtheil doch neben England nur Frankreich etwas zu sagen hat. Das sind englische Preßeigenthümlichkeiten, die nun einmal mit in Kauf genommen werden müssen und über welche sich zu ereifern, nicht der Mühe lohnt; Deutschland behält deshalb doch seinen Einfluß in allen internationalen Fragen, mögen diese nun auf Europa beschränkt, oder afrikanische und asiatische Angelegenheiten berühren. England ist sich dessen sehr wohl bewußt, daß es nur auf Deutschlands Willen ankommt, auch in Afrika sich Geltung zu verschaffen, Angra Pequena macht ihm Schmerzen genug.

Gladstone hat aber auch dieses Mal wieder seine Zusage nicht erfüllt; denn er hat dem Parlament keine Gelegenheit gegeben, sich vor dem Abschluß des Abkommens mit Frankreich über dasselbe zu äußern. Am 16. Juni hat der Staatssecretair für Indien, Earl of Kimberley, dem Oberhause die Mittheilung gemacht, daß ein Einverständniß mit Frankreich erzielt sei, daß aber das Parlament erst dann von dem Abkommen Kenntniß erhalten könne, wenn die Mächte Gelegenheit gehabt haben, sich darüber auszusprechen. „Daily News" und „Temps" haben inzwischen die Aufgabe übernommen, das englische Parlament über den Inhalt des Vertrages zu unterrichten. Danach verbleiben die englischen Truppen bis zum 1. Januar 1888 in Egypten, falls nicht die englische Regierung die frühere Räumung für zweckmäßig erachtet. Eine Verlängerung der Besetzung über diesen Zeitpunct hinaus ist England nur unter Zustimmung sämmtlicher Mächte gestattet. An die Stelle der englischen Finanzcontrole in Egypten tritt die europäische Controle, Präsident der egyptischen Schuldentilgungscasse ist aber stets ein Engländer. Außerdem bleibt es der Conferenz vorbehalten, sich über die projectirte egyptische Anleihe von 8 Millionen Pfd. Sterl. und über eine Reduction der Zinsen der Prioritäts- und unsicheren Schuld schlüssig zu machen; Gegenstand des Separatabkommens zwischen England und Frankreich sind diese Angelegenheiten nicht. Endlich will der „Temps" noch wissen, daß England und Frankreich über die Neutralisirung des Suezcanals übereingekommen sind; dieses Arrangement wird aber nicht der Conferenz unterbreitet werden, weil deren Competenz ausschließlich auf die finanziellen Fragen beschränkt sei.

Diese letztere Mittheilung des „Temps" steht in directem Widerspruch mit dem Inhalt des englisch-französischen Abkommens bezüglich der Conferenz; denn den erben und Hauptgegenstand der Conferenzverhandlungen bildet die Dauer der englischen Occupation Egyptens und die Bedingungen, unter welchen diese verlängert werden kann, und das ist jedenfalls eine politische und keine finanzielle Angelegenheit. Aber abgesehen davon, ist die Nachricht des „Temps" in hohem Grade überraschend. Man war bisher allgemein der Ansicht, daß es England bei seiner egyptischen Expedition in erster Linie darum zu thun war, den Suezcanal zu seiner ausschließlichen Verfügung zu erhalten, und daß England im Kriegsfall diesen Canal den übrigen Mächten verschließen würde. Durch die Neutralisirung des Canals würde dieses Recht England verloren gehen, und das ist es, was eine große Ueberraschung verursachen wird. Ganz unvorbereitet ist die Nachricht jedoch nicht; denn schon seit einiger Zeit wird von der englischen Regierung die Auffassung verfochten, daß der Werth des Suezcanals ein sehr problematischer sei, da es ja in die Hand jedes Schiffseigenthümers gelegt sei, den Canal durch Versenkung seines Schiffes unfahrbar zu machen; es sei deshalb für England viel wichtiger, über die nöthige Anzahl von schnellfahrenden Schiffen zu verfügen, welche den Weg um das Cap der guten Hoffnung herum schneller zurücklegen, als die Schiffe anderer Nationen, als sich auf den Suezcanal zu verlassen, der eines Tages den Dienst versagen könne. Wir sind seit längerer Zeit daran gewöhnt, von England durch die allerunwahrscheinlichsten Dinge überrascht zu werden, so daß uns schließlich nichts mehr wundern kann, was von dieser Seite ausgeht. So viel scheint festzustehen, daß die Conferenz nunmehr binnen Kurzem in London zusammentreten wird. Am Montag wird das englische Parlament das entscheidende Wort sprechen, ob die ihm von Gladstone vorgelegten Vorschläge zur Ausführung gelangen sollen oder nicht. Die öffentliche Meinung Englands hat inzwischen vollauf Zeit, zu den englisch-französischen Abmachungen Stellung zu nehmen. Gladstone stellt das Parlament vor die vollendete Thatsache des von den übrigen Mächten begutachteten Abkommens zwischen England und Frankreich und übt dadurch einen Druck auf seine Entschließungen aus, dem sich das Parlament schwerlich entziehen wird. Verfahren ist die egyptische Angelegenheit so gründlich, daß endlich einmal eine Aenderung eintreten muß; die Möglichkeit dazu ist durch die Conferenz gegeben. Das weiß das englische Parlament, und deshalb wird es die Verantwortung nicht übernehmen, die unhaltbaren egyptischen Verhältnisse wieder auf unbestimmte Zeit hinaus sich selbst zu überlassen. *

Leipzig, 19. Juni 1884.

* Der bisherige Verlauf der zweiten Lesung der Unfallversicherungsvorlage läßt es fast als sicher erscheinen, daß gegenüber einer kleinen, aber feststehenden conservativ-clerikalen Mehrheit Abänderungsanträge von irgend welcher Erheblichkeit zu den Commissionsbeschlüssen nicht durchdringen. Die Erkenntniß dieser Thatsache wird ohne Zweifel sehr zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen, die gegenüber einem feststehenden Resultat wenig praktischen Nutzen mehr haben. Man erwartet bereits Donnerstag die Beendigung der zweiten Lesung.

* Die Budgetcommission gedachte Mittwoch die Berathung der Postdampfervorlage zu beginnen. Ob sie aber noch dazu kommen wird, dem Plenum Bericht zu erstatten, ist sehr zweifelhaft, und auch wenn noch eine zweite Lesung stattfindet, wird man keine Hoffnung haben dürfen, das Gesetz gegen Deutschfreisinnige und Centrum zu Stande kommen zu sehen.

* In Hirschberg ist am 16. d. M. der Geh. Rath Sattig gestorben, früher Oberbürgermeister von Görlitz und Director der communalständischen Bank der Oberlausitz, in der verflossenen Legislaturperiode auch Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Görlitz-Lauban. Er war ein treuer Anhänger der nationalliberalen Partei.

* Die „Preußischen Jahrbücher" erhielten folgende Zuschrift aus Schwaben:

Der 18. Mai, an dem sich der gesammtdeutsche Parteitag der Nationalliberalen allen skeptischen Prophezeiungen zum Trotz für das Heidelberger Programm entschieden hat, ist ein wahrer Ehrentag für unsere deutsche Partei. Die Festung, die lange belagert war, die lange ohne Entsatz sich behauptet hatte, ist befreit. Von jenen trüben Julitagen des Jahres 1879 an, wo die nationalliberale Partei sich zu ihrem eigensten Schaden und dem der Nation von dem Werke der Zollsicherreform abwandte, in dem sich doch die größten Reformideen Bismarck's verkörperten, und seit dem durch diese ablehnende Haltung herbeigeführten Austritt der letzten zwei Schwaben aus der Fraction hat sich die deutsche Partei sozusagen auf sich selber zurückgezogen und focht für sich allein unter dem alten Banner weiter, das ein Jahrzehnt so glückverheißend über dem Reichstag geweht und die Mehrheit um sich geschaart hatte. Die Nationalliberalen hatten dieses Banner verlassen; die Schwaben griffen es auf und bewahrten es bis auf bessere Tage. Der Gedanke, daß die gemäßigt conservativen und gemäßigt liberalen Elemente zusammenhalten müßten; daß die Fühlung mit dem Kanzler nicht verloren gehen und der liberale Name nicht auf immer compromittirt werden dürfe durch die Preisgabe seiner besten Traditionen: dieser Gedanke lebte in Schwaben unzerstörbar fort. Nichts ist natürlicher als der Grimm des Radicalismus darüber, daß die nationalen Elemente eines ganzen Landes sich so feuchtefest und ansteckungsfrei gegen sein Gift erwiesen. Die landesübliche Specialität der politischen Kinderkrankheit, die Volkspartei, konnte wohl nicht ausgemeint werden, so lange unsere Jugendcivilität zum Reiche selbst noch so jung war,... aber die Secession, der Fortschritt, das Manchestertum, die rechte persönliche Opposition gegen den Kanzler konnten bei uns keinen Boden fassen. Die 6 Abgeordneten, welche seitens der deutschen Partei 1881 noch durchgeheigt wurden, nahmen ihre Sitze halbblütig und consequent bei der deutschen Reichspartei, weil sie bei den Nationalliberalen immer noch nicht die Stimmung vorfanden, welche der ihrer schwäbischen Wähler entsprach, und sie traten tapfer und unerschrocken für die Pläne des Kanzlers ein, selbst für das Tabakmonopol, an dessen Berechtigung man sich hier zu Lande durch kein Geschrei der Cigarrenbarone und der von ihnen Betheörten irre machen ließ. Wir hatten seine schlaflose Nacht deshalb, daß man uns von Berlin aus als nicht mehr liberal anerkannte und als conservativ verschrie; Namen sind uns überhaupt nicht so wichtig als die Sache. Endlich kam der Tag, wo unsere Bereinsamung ein Ende nahm. Das Pfui! das dem Kanzler im November 1881 von links her entgegengetönt war, hatte damals nur unser Fürstner Georg von Wöllwarth gerügt; das erneute Pfui vom März 1884 erwirkte ein nachzeitiges, nicht erwartetes Echo im ganzen Süden, und der bornirte Ruf: gegen den Staatssocialismus! mit dem sich die Fusion der Alt- und Neulortschrittler am 5. März vereinigt, schlug nach unserm Bauernwort „dem Faß den Boden ein". Der Beschluß, den am 23. März die 42 Officiere der nationalen und liberalen Landesparteien in Heidelberg faßten und bei dem 7 Schwaben wacker mitthaten, bezeichnet die Rückkehr der Nationalliberalen des Südens auf den 1879 verlassenen Boden, und der 18. Mai hat gezeigt, daß das frische Frühlingswehen, daß von den Bergen des Südens sich erhob, auch das Eis im Norden gebrochen und dem fünfjährigen halben oder ganzen Streiten und Schmollen einer Partei ein Ende gemacht hat, deren größte Tage zusammen fallen mit den herrlichen arbeitsfreudigen Jugendtagen des neuentstandenen Reiches.

* Der von den nationalpolnischen Hetzfanatikern in Sachen der Schulangelegenheit der Provinz Posen angekündigte Agitationsfeldzug wird demnächst eröffnet werden. Die von der Versammlung abzusendende Petition an das Abgeordnetenhaus soll die Forderungen enthalten, daß die geistliche Schulinspection und die polnische Unterrichtssprache wieder eingeführt und die Zahl der Unterrichtsstunden für die Religion vermehrt werde. Der „Dziennik Poznanski" erklärt sich mit diesen Forderungen einverstanden und wünscht, daß die ganze Parochie der Petition beitrete. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß man es hier nur mit einer künstlich gemachten, keineswegs aus natürlichen Wurzeln erwachsenen Bewegung zu thun hat, so wäre er im Bestehenden auf das Schlagendste erbracht. Denn wozu brauchten sonst die Herren Agitatoren das Material fix und fertig mitzubringen und sich die Mühe zu geben, es ihrem Publicum mundgerecht zu machen, wenn letzteres schon aus eigenem Antriebe seine nationale Existenz in denjenigen Puncten des Volksschulunterrichts bedroht fühlte, in denen es sie nach Wunsch und Willen der nationalpolnischen Agitatoren nun einmal à tout prix bedroht fühlen soll? Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen herrscht in der Bevölkerung polnischer Zunge eben nur da, wo solche von außen künstlich in die Herzen hineingetragen wird. An der Lösung dieser Aufgabe arbeiten die Faiseurs ebenso unverdrossen als raffinirt — was aber ihre deutschen Centrumsfreunde nicht abhält, im Reiche so gut wie in Preußen mit dem Polenthum verbündet wider die Regierung Front zu machen.

* * *

* Seit Bosnien und die Herzegowina unter österreichischer Verwaltung stehen, haben viele mohamedanische Familien diese beiden Länder verlassen, um sich auf türkischem Boden im Südosten der Balkanhalbinsel, namentlich aber in Kleinasien anzusiedeln. Diese Auswanderer scheinen vielfach ein recht beklagenswerthes Schicksal zu erleiden. So erzählte ein Mohamedaner, der nebst vielen anderen seiner Glaubensgenossen vor drei Jahren nach Kleinasien ausgewandert und kürzlich auf einige Wochen in seinen Heimathort Petrovac zurückgekehrt war, über das Loos der in Kleinasien angesiedelten bosnischen Auswanderer höchst Ungünstiges. Nach einer viermonatigen, mit zahlreicher Familie mühselig zurückgelegten Wanderung erreichte er Konstantinopel und siedelte sich in Kalafet in Kleinasien an. Nach einem Jahre bangen Wartens, während dessen er mit seiner Familie vom Ararat zehrte, erhielt er zu seinem Unterhalte zwei Morgen stein- und dornenreichen Ackers, welchen er nur mit großer Mühe etwas ertragsfähig machen konnte. Die große Dürre beeinträchtigt dort den Ackerbau außerordentlich. Hierzu treten noch andere Umstände, welche die Existenz der bosnischen Auswanderer erschweren. Sie ertragen das dortige Klima sehr schwer und fühlen sich wegen Unkenntniß der türkischen Sprache völlig fremd. Die Mohamedaner in Kalafet beachten Glauben, Fasten und sonstige Gebräuche sehr wenig, vielmehr verhöhnen sie den eingewanderten Bosniaken, der in religiösen Dingen fanatisch ist. Sehr schwer ist es, den Lebensunterhalt zu gewinnen, da der tägliche Verdienst drei bis vier Piaster selten übersteigt; häufig giebt es aber auch gar keine Arbeit. Die Frauen und Kinder der Auswanderer jammern ununterbrochen und beschwören ihre Familienväter, nach Bosnien heimzukehren. Die meisten Auswanderer bereuen ihren Leichtsinn bitter und trachten darnach, das nöthige Geld aufzutreiben, um die Rückreise nach den verlassenen Plätzen Bosniens und der Herzegowina zu ermöglichen. Sie bereuen ihre Auswanderung um so mehr, als ihnen inzwischen bekannt geworden ist, daß die österreichische Regierung sich äußerst duldsam gegen das mohamedanische Element in den occupirten Ländern zeigt und der Ausübung der Cultusgebräuche nicht das geringste Hinderniß in den Weg legt.

* Man schreibt uns aus Pera vom 14. Juni: Während die Bulgaren nördlich des Balkans und die Serben sich in etwas komischer Weise in Energie überbieten und sich erhitzen, ist südlich des Balkans einmal der ehrliche Verstand zu Tage getreten, indem von Seiten des ostrumelischen Finanzdirectors Petroff der Antrag gestellt worden ist, entgegen früheren übrigens illegalen Beschlüssen die volle Tributsumme von 240,000 Pfd. pro Jahr an die Pforte zu zahlen und ebenso die restirende schuldige Tributsumme, die sich auf 450,000 Pfd. beläuft, durch jährliche Theilzahlung von 20,000 Pfd. nach und nach zu decken. Wie man weiß, fließt der gesammte Tribut in die Casse der internationalen Rentenhalters, welche bisher durch die Zahlungsweigerung, resp. Verzögerung geschädigt waren. Der Finanzwelt gegenüber erwirbt sich die Regierung Gavril Paschas durch den obigen Beschluß und seine Ausführung eine unbedingte Achtung, und Nichts kann seine Stellung der Pforte wie den Mächten gegenüber so festigen als eine ehrliche Lösung der von Aleko Pascha unter allerhand Vorwänden verschleppten Tributfrage. — Die der bulgarischen National-Bank in Sofia entliehenen 60,000 Pfd. sind unter sicherer Escorte in Philippopel angekommen. Das Geld ist zur Gründung zweier Agricultur-Banken, der einen in Philippopel, der andern in Slivno, bestimmt. Viel Geräusch wird von dem Uebermuth der Griechen von Adalia gemacht, die trotz abrathender Mahnungen seitens der Behörden, wie der fremden Consuln sich in diesem Jahre ebensowenig wie in früheren haben davon abhalten lassen, einer Puppe, einen Juden darstellend, ein solennes Autodafé am Osterfeste zu bereiten. Um darzuthun, wie wenig sie geneigt sind, von ihrem alten Brauche abzulassen, haben die Griechen in diesem Jahre ihren Juden besonders reich ausstaffirt und ihn auf einen Esel gesetzt. Soweit ist die Civilisation in Kleinasien doch noch nicht, um alten thörichten Gebräuchen den Garaus zumachen.

* Gegenüber den eben grassirenden Erfindungen über den Stand der niederländischen Erbfolgefrage schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Die von dem Pariser „Times"-Correspondenten erfundene neueste Gourdin'sche „Frage" wird seit einigen Tagen in der französischen Presse lebhaft erörtert. Das angesehenste Boulevard-Blatt widmet derselben einen drei Spalten langen, von Gelehrsamkeit strotzenden Leitartikel, in dem klar und deutlich nachgewiesen wird, daß Deutschland allen Ernstes damit umgeht, seine längst gehegten Annexionspläne bezüglich Hollands in nicht allzu ferner Zukunft in Ausführung zu bringen. — Wir können nicht umhin, den „Times"-Correspondenten und den von ihm inspirirten Gelehrten des „Boulevard" darauf aufmerksam zu machen, daß seine staatsrechtlichen Kenntnisse augenscheinlich eine Lücke haben, die, wo es sich um die niederländische Thronfolge-Frage handelt, wohl als eine bedeutende bezeichnet werden darf. Die genannten Journalisten scheinen nämlich keine Ahnung davon zu haben, daß ein niederländisches Staatsgrundgesetz existirt, welches in seinem zweiten Hauptstück (Vom Könige), erste Abtheilung (Von der Thronfolge) in 26 Paragraphen klare und zweifellose Bestimmungen über die Thronfolge enthält, die jede fremde Einmischung in diese niederländische Angelegenheit ausschließen und die, wenn sie auch vielleicht nicht genügen, die Besorgnisse des „Times"-Correspondenten und seiner Pariser Collegen zu zerstreuen, dem gewöhnlichen Sterblichen keinen Zweifel darüber lassen können, daß der Versuch, die holländische Thronfolge zu einer „europäischen Frage" aufzubauschen, als ein von vornherein verunglückter bezeichnet werden darf.

* Man schreibt uns aus Brüssel, 16. Juni:

Wie vorauszusehen, hat der Ausfall der Wahlen zu ernsthaften Ruhestörungen Veranlassung gegeben. Der berüchtigte Pöbel Brüssels, dem es sehr gleichgiltig ist, wer gesiegt hat, belästigte diesmal die unterlegenen Liberalen, deren Partei offen die Klerikalen der förmlichen Organisirung und Bezahlung der Massen anklagt. Auf dem Marktplatz und in den Hauptstraßen kam es an den Abenden vom 10. bis 13. d. zu lebhaften, mehrfach blutigen Zusammenstößen zwischen beiden Parteien, so daß die Polizei und die vollzählig aufgeborene Garde civique alle Hände voll zu thun hatten. Aller Orten ertönten die Rufe „A bas les libéraux" von der einen, „A bas la calotte" von der andern Seite. Aber auf den inneren Boulevards so unverschämt, seine liberale Gesinnung durch eine Kornblume im Knopfloch zu bezeugen (die Klerikalen tragen rothe Nelken oder Bänder), wurde im Nu von einer Bande Strolche umringt, niedergeschlagen, in vielen Fällen auch bestohlen. In verschiedenen Stadtvierteln fanden vor den Fenstern angesehener Liberaler Manifestationen statt, bei denen es an eingeschlagenen Läden und Fenstern nicht gefehlt hat. Das Local der „Jeune Garde libérale" zu Schaerbeek wurde von einer Bande von etwa 80 Klerikalen vollständig geplündert; die in den Restaurants an der „Monnaie" auf dem Trottoir sitzenden Gäste wurden mit Steinwürfen und Faustschlägen angegriffen und mußten sich mit Tischen und Stühlen ihrer Haut wehren. Liberalerseits hat eine Revanche insofern stattgefunden, als mehrere hundert Personen am Donnerstag Abend die in der Rue des Paroissiens gelegene katholische und päpstliche Buchhandlung von Goemaere stürmt, das päpstliche Wappen heruntergerissen, Fensterscheiben und Fensterkreuze zertrümmert und einen beträchtlichen Theil der Vorräthe vernichtet haben. Der Besitzer hat, wie es heißt, einen Schadensatz von 25,000 Fr. bei der Behörde angemeldet. Erst am Sonnabend Abend zeigte die Stadt wieder ihre gewöhnliche Physiognomie.

Die Commission für die 50jährige Feier der Eröffnung der ersten belgischen Eisenbahn hat ihre Arbeiten beendet. Den Glanzpunct des Festes wird ein historischer Zug bilden, der die sämmtlichen bekannten Transportmittel, vom römischen Wagen bis zum Velocipede und der elektrischen Eisenbahn, vorführen soll. Inmitten dieser Darstellung werden auch die Coupés des ersten belgischen Zuges vom Mai 1834 erscheinen, die man als Reliquien aufbewahrt hat, und zwar besetzt mit den wenigen noch lebenden Veteranen des Bahndienstes aus jener Zeit.

Am Abend des Bußtages (10. Juni) hat es in Antwerpen einen heftigen Zusammenstoß zwischen Socialisten und der Garde civique gegeben. Einige hundert Arbeiter zogen mit Fackeln und unter Vorantragung einer rothen Fahne vor das Rathhaus, wo einer der Fackelträger einen Gardisten absichtlich oder unabsichtlich im Gesicht verletzte. Derselbe antwortete mit einem Kolbenstoß, der den Angreifer auf das Pflaster streckte, und es entwickelte sich hierauf ein regelrechter Kampf. Die Bürgergarde schlug mit dem Kolben los und zwang die Angreifer nicht ohne Mühe zum Rückzug, der in ziemlich guter Ordnung, immer mit der rothen Fahne voran, und unter den Klängen der Marseillaise erfolgte. An einzelnen Puncten der Stadt hat man sich bis zum hellen Morgen geschlagen. Mehrere Häuser, besonders das prächtige Hôtel des Herrn Meeus-De Theux, das des brasilianischen Consuls und das „Café au Palais de Cristal" sind arg zugerichtet worden. In der Rue van Schoonbeek hat der Besitzer einer katholischen Anstalt eine förmliche Belagerung durchmachen müssen. Er stieg schließlich aufs Dach, und es gelang ihm